

Rheinische Nachrichten

Braubacher Zeitung — Anzeiger für Stadt und Land

Erscheint täglich
mit Ausnahme der Sonn- und
Feiertage.

3. Ausgabe pro 6 Spalten
Seite oder deren Raum 20 Pfg.
Reklamenzelle 50 Pfg.

Amtsblatt der Stadt Braubach.

Verantwortlicher Redakteur: H. Lemb.
Geschäftsstelle: Friedrichstraße Nr. 13.
Redaktionschluss: Fernsprecher
10 Uhr vormittags. Nr. 30.
Postkonto Nr. 7639 Frankfurt/Main.



Druck und Verlag der Buchdruckerei von
H. Lemb in Braubach.
Gratisbeilagen
Jährlich zweimal Fahrplan und einmal
Kalender.

Bezugspreis

monatlich 80 Pfennig,
durch die Post bezogen viertel-
jährlich 2,40 Mark,
von denselben frei ins Haus
geliefert 2,82 M.

Nr. 77.

Braubach a Rhein, Dienstag, den 1. April 1919.

29. Jahrgang.

Die Mikrowirtschaft der NSD.

Der Parlamentsbericht der preussischen Landesver-
sammlung berichtet bei der Erwähnung der Mikrowir-
tschaft der Arbeiter durch den Abg. Sinz für einen
Eckstein bei den Reichssozialisten. Der Bericht
war, die kontrollierende Tätigkeit der
Arbeiter über sich ergoßen zu lassen, wer Gelegenheit
hatte, deren Willen aus eigener Anschauung kennen zu
lernen, muß sich wundern, daß die obige Behauptung bei
den sozialistischen Parteien nicht gleichzeitig für-
wärtig Zustimmung ansetze.

Es sollen ja auch Arbeiterkreise Ersparnisse ge-
hen haben — keine Regel ohne Ausnahme. Es gab
auch hartnäckige Arbeiter, die auf glückliches Gelingen
hin sich darauf beschränkten, auf dem ihnen zugewie-
nen Dienstzimmer ihre Zeit abzusitzen, die sich freuten,
unter den amtlichen Bekanntmachungen, von denen sie
im Schreiben nichts verstanden, ihren Namen gedruckt zu
sehen und die sich am Ende einer solchen arbeitsreichen
Woche damit begnügten, die reichlichen Tagelöhner ein-
zukaufen. Aber die große Mehrzahl der Räte hat doch
eine handwerkliche Mikrowirtschaft getrieben, von Groß-
Berlin angefangen bis zum kleinsten Dorf hinab, das,
wenn es auch nur ein kleines sozialistisches Grüppchen
zählte, mit einem Arbeiterkreise beglückt wurde, zur
größeren Ehre des Sozialismus, zur Terrorisierung der
bürgerlichen Mehrheit und zur Sicherung der sagenhaf-
ten Ertragsüberschüsse der glorreichen Revolution.

Und diese Mikrowirtschaft, für deren Wiederaufleben
und deren Vereinerung durch die Verfassung sich die
Allgemeinheit in Anspruch nehmen muß, ist keine Er-
findung bürgerlicher „Revolutionäre“, sie ist von
der revolutionären Reichs- und Landesregierung selbst
zugelassen worden. Denn diese mußte sich selbst in der
ersten Zeit ihres Bestehens dauernd gegen Übergriffe
der NSD. warden, sie hatte ihre liebe Mühe, die wü-
den Rufe im Raum zu halten, die alle Latenzbur-
gen zum Vorschein brachten. Heute mußte sie den Eingriffen
der NSD. gegenüber mit allseitiger Devisen-Einhalt gebieten,
dann vor den sich fortwährend wiederholenden Eingrif-
fen in die Pressefreiheit warnen. Ein anderes Mal
rüge die preussische Regierung die Vorliebe der NSD.
für die öffentlichen Kassen, ermahnte die Organe der
Revolution, die Aufhebung der Stadtverwaltungen und
die Absetzung stehender Beamten zu unter-
lassen, sich jeder Annäherung in die Lebensmittelverfor-
gung zu enthalten.

Aus gelegentlichen Pressemitteilungen konnte man
sich dann das Bild von der Tätigkeit der NSD. weiter
vervollständigen. Hohe Justizbeamte muhten sich gegen
die Annäherung der Reichspräsidenten durch die NSD. ver-
wahren, lebende Großindustrielle gegen die Beraubung

ihrer persönlichen Freiheit Einsprüche erheben, man
sich Stadtverordneten erschaunlich hohe Zahlen als Ausgaben
der NSD.-Wirtschaft vernehmen, deren Gesamtausgaben
in den ersten drei Wochen von sozialistischer Seite auf
800 000 000 M. geschätzt wurden, selbst bei der Ent-
wertung des Geldes eine recht erhebliche Summe, zu-
mal sie, bei Nicht-besehen, eigentlich für nichts und
wieder nichts ausgegeben wurde.

Aus erster Quelle, von einem Mitgliede des Groß-
Berliner Volkshausrates, erfährt man fernerzeit über die
korrupte Wirtschaft dieser Körperschaft die erschütternden
Tatsachen, und man konnte sich nach diesen Enthüllungen
ausmalen, wie es am bitteren Ende da draußen im
Lande ausgesehen haben mußte. Man muß sich diese
ganze dunkle Vergangenheit der NSD., die noch durch
unzählige Einzelheiten weiter verdunkelt werden könnte,
vor Augen, so muß man sich bei dem oben erwähnten
Widerspruch der Reichssozialisten wirklich fragen:
Wozu der Kampf? Man muß aber auch wünschen und
entschieden fordern, daß es mit einer politischen und
wirtschaftlichen Tätigkeit der NSD. in Zukunft endgül-
tig vorbei sein muß. Mag die Sozialdemokratie sich
mit dieser Tatsache ebenso abfinden, wie das „Bür-
gerium“ sich in den letzten Monaten mit manchem ab-
finden mußte, das gegen seinen Wunsch und Willen
ging. Der Staatskörper ist seit der Revolution todes-
wund und blutend aus tausenden Wunden. Die Na-
tionalversammlung, von der man eine segensreiche
Gesetzgebung erwartete, hat sich bisher weniger auf das
Schnellere, als auf das Gesundwerden des Kranken ver-
legt, das ihm nur eine kaum merkliche Besserung ge-
bracht hat. Würde sie das Weiterbestehen der Arbeit-
erräte in der Verfassung festsetzen, so würde sie damit
dem Sterbenden das tödliche verbleibende Gift einzu-
fließen, vor dem es keine Rettung mehr gäbe.

Ungarns Räterepublik.

Eine Verordnung des revolutionären Regierenden
Rates verfügt die Aufstellung von Revolutions-
gerichten. Jedes Gericht besteht aus einem Vor-
sitzenden und zwei Richtern. Anklagekommissar, so-
wie Protokollführer werden von der Räteregierung er-
nannt. Die Revolutionsgerichte urteilen über die Fälle,
welche die Räteregierung insbesondere vor sie verweist.
Das Gerichtsverfahren erfolgt ohne formelle Unter-
suchung und ohne Anklageschrift von Anfang bis Ende vor
versammeltem Revolutionsgericht, möglichst ohne Un-
terbrechung. Die Entscheidung über die Schuldfrage er-
folgt durch gemeinsame Abstimmung. Die Todesstrafe
kann nur mit übereinstimmendem Beschlusse des Vor-
sitzenden und der Mitglieder verhängt werden. Das Ur-
teil ist inappellabel. Ein Gnadenersuchen hat keine aus-

sprechende Kraft. Die vom Revolutionsgericht, das
eventuell auch unter freiem Himmel verhandeln kann,
verhängten Strafen sind sofort nach der Verkündung
zu vollstrecken. Der Volkskommissar für Justiz unter-
steht die festgesetzten Strafen einer den Grundsätzen der
Diktatur des Proletariats entsprechenden
Durchsicht. Alle jene, deren weitere Gefangenschaft
nach diesen Gesichtspunkten nicht begründet erscheint,
sollen in Freiheit gesetzt werden.

Der Pariser „Matin“ schreibt unter der Ueber-
schrift: „Der Verfall des Bolschewismus“: Was bei
der allgemeinen europäischen Lage wichtig ist, ist die
erste Handlung der Budapest-Regierung. Sie
hat sich bereit, dem Soviet von Moskau den Bruder-
schwur zu entziehen. Ungarn erkennt Lenin als Führer
des internationalen Proletariats an und stimmt der
dritten internationalen Konferenz zu, die zurzeit in Auf-
land ihren Sitz hat. Man darf die Gefahr nicht ver-
kennen, welche dieses Bündnis zwischen Russland und
den Magyaren mit den rumänischen und tschecho-slowaki-
schen Verbänden bringen kann, denn der Bolschewis-
mus von Budapest ist einwirtsch.

Allerlei Nachrichten.

Wünsche des Reichsbürgerrats.
Eine Abordnung des Reichsbürgerrats hat dem Mi-
nisterpräsidenten Brüning und den Reichsministern
Lauer und Bissell die Forderung des Bürgerturns vor-
getragen, in das bevorstehende Gesetz über die Be-
triebsräte und die Reichs-Arbeiterräte auch die schaf-
ferischen Stände des Bürgerturns einzubeziehen und nöti-
genfalls eine vollständige berufständliche Vertretung
für alle arbeitenden Bevölkerungsklassen einzuführen.

Die Reichswehr.
Die Vorbereitungen für den Aufbau der Reichs-
wehr sind beendet. Künftig werden nur noch Ver-
träge, die die geordneten Bedingungen erfüllen, in
die Reichswehr aufgenommen werden. Die wüsten
Verordnungen, die mit Recht als unzulässig als unzulässig
angesehen wurden, sollen aufhören. Da man auf das
Werkzeug des Bürgerturns in, werden die Anstöße
zur Anwerbung von Freiwilligen künftig nur noch von
Reichsorganen ergehen.

Reform der Militärgerichtsbarkeit.
Im preussischen Kriegsministerium ist die Gesetzes-
vorlage über die Reform der Militärgerichtsbarkeit näm-
lich fertige, mit den Mitgliedern, sowie dem
Reichsmilitärgericht abgehandelt worden. Sobald diese
Anliegen zu dem Entwurf Stellung genommen haben

Ingeborg.

Roman von Fr. Sebner.

Nachdruck verboten.

„Vater, ich bin deine Tochter!“ rief sie empört,
„jage das in die Luft!“

Sie fürchtete sich nicht mehr vor seinem Horn; sie
fühlte eine Festigkeit in sich, die aller Welt trotzen
konnte.

„Wagst du mir zu widersprechen? Du hast zu
schwächen und zu gehorchen! — Ich weiß, du kannst ar-
beiten, wenn du nur willst, denn du hast die Fähigkeiten
dazu.“

„Ich will aber nicht mehr,“ versetzte sie furchtlos,
„ich lasse mich nicht wie eine Marionette hin- und her-
schleudern — ich habe auch ein Recht der Selbstbestim-
mung.“ Unwillkürlich drängten sich Steinerts Worte
über ihre Lippen.

Sie sah wie die Adern auf des Vaters Stirn an-
spannen, wie es in ihm kochte.

Er sagte sie an den Schultern und schüttelte sie
heftig.

„Wer hat dir solche Sachen in den Kopf gesetzt?
Ich sehe, daß ich noch viel zu nachsichtig gewesen bin,
indem ich dir so leichtsinnig den Verkehr mit Hedwig Bo-
den gestattet habe. In dem Hause des Doktors weht ein
viel zu freier Geist, der unnötig dich für dich ist!“

Sie befreite sich von seinem Griff und richtete sich
hoch auf zu ihrer schlanken Größe. Mit zuckenden Lip-
pen sagte sie:

„Wenn du mich liebst, Vater, so wie ein Vater
sein Kind lieben mußte, hättest du mehr Gefühl und
Verständnis für meine Neigungen und würdest nicht
immer nur von Pflichten reden! Freude hast du mir nie
gegeben — förmlich lästig fühle ich mich dir.“

„Ah, weil ich dir nicht erlaube, dein wahnwitziges

Vorhaben auszuführen? Ist der Einfluß der Schwe-
ster deiner Mutter so nachhaltig, daß er dich zu offenem
Widerstande gegen mich anstachelt? Und ich jage dir,
unser Name bleibt der Bühne fern; dazu steht er zu
hoch, um dort entweiht zu werden.“

Ingeborg zuckte die Achseln.

„Tante Vera tritt auch unter ihrem Namen auf,
und ich meine, sie hat ihm nie Unehre gemacht, dem
stolzen Namen Strahlendorf — was ist der unsrige da-
gegen?“

„Finstler sah er sie an.“

„Was weißt du —! und wenn —! ein für alle
Mal: eher würde ich mich von dir loslagern, als dir die
Erfüllung deines Wunsches gewähren. Ich will nicht,
daß meine Tochter eine „Theaterprinzessin“ wird. —
Jedenfalls hat deine Mutter dich darin bestärkt.“

„Lasse die Mutter aus dem Spiel, Vater! Sie weiß
nur, wie sehr ich unter deinen Wünschen leide — sonst
nichts! Helfen kann sie mir ja doch nicht, da sie nicht den
geringsten Einfluß auf dich hat — ich kenne wohl ihren
geheimen Kummer; wir sind dir beide nichts —“ sagte
sie erregt.

Woher sie den Mut nahm, ihm das zu sagen, wußte
sie selbst nicht. Sie hatte auch keine Furcht mehr vor
ihm, den der Jähzorn bei ihren Worten so übermannte,
daß er kreidbleich wurde und seine Züge sich förmlich
verzerrten.

„O, du — du —“ stammelte er nur leuchtend und
hob die Hand zum Schloge, die schwer auf Ingeborgs
Gesicht niederfiel.

„Vater —“ schrie sie da auf in einem unbeschreib-
lichen Tone. Jaghaft wurde die Tür geöffnet und Frau
Elguth trat über die Schwelle. Sie sah, daß etwas
Folgschweres zwischen Vater und Tochter vorgefallen
war. Inge schluchzte auf sie zu, und sie schloß sie tröstend
in die Arme.

„Inge, mein liebes Kind, was ist dir?“

Das Bewußtsein, ihr Kind zu verteidigen, verlieh

der sonst so schüchternen Frau Mut. Sie sah die Finger-
abdrücke auf Ingeborgs totenblasse Wange sich scharf
abheben, und diese Empörung erfüllte sie, daß ihre
Mann sich hätte so hinreichend lassen, die Tochter so hart
zu züchtigen, an der ihr einsames Herz mit abgöttischer
Liebe hing.

Vielleicht bereute er doch sein vor schnelles Han-
deln; er stand am Fenster, ihr den Rücken zugekehrt,
und das heftige Arbeiten seines armen, häßlichen Kör-
pers verriet seine innere Erregung.

Sie wartete auf ein Wort von ihm, auf ein ent-
schuldendes, seine Heftigkeit bereuendes Wort.
Aber als er sich umwandte und die beiden Frauen
umschlungen dastehen sah, hatte er nur ein bitteres,
höhnendes Auflachen. — „recht so, beschönige du nur
Ingeborgs widerspenstiges Betragen!“

„Das dir aber immerhin doch noch nicht das Recht
gibt, deine erwachsene Tochter zu mißhandeln,“ entge-
nete sie ihm in ruhigem Tone, trotzdem sie sehr aufge-
regt war.

„Ah, daher ihre Aufsehung, ihr Trost, wenn sie
die Mutter hinter sich weiß.“

„Nein, Vater! tränke die Mutter nicht zu Unrecht
—“, fiel Ingeborg ein.

„Loh, Kind, gib dir keine Mühe, mich zu verteidigen.
Ich bin ja gewohnt, daß mir die Schuld an allem
zugeschrieben wird,“ erwiderte die Mutter mit ihrer
müden, erregenen Stimme, „ich hab' mich längst darein
gefunden. Aber daß du, meine Inge, geknechtet wirst,
kann ich nicht ertragen.“

Alexander Elguth wandte sich zur Tür.

„Für mich ist die Sache erledigt.“

Fortsetzung folgt.

Wird sich das Reichsministerium mit der Angelegenheit befassen. Die Reform läuft bekanntlich im wesentlichen darauf hinaus, daß die nicht rein militärischen Angelegenheiten des Heeres künftig an die Zivilgerichte verwiesen werden sollen.

Stillelegung der Großbetriebe.

Wegen des Streiks der Angestellten und der dadurch hervorgerufenen Gefahr für die Werke und Arbeiter selbst, die ohne Leitung hätten arbeiten wollen, sind in Lübeck sämtliche Großbetriebe stillgelegt worden. Die Arbeiter erhalten für die nächsten 14 Tage ihren Lohn weiter, gelten dann aber als entlassen, wenn bis zu diesem Zeitpunkt der Streik der technischen und kaufmännischen Angestellten nicht beendet ist.

Aus Bayern.

Nach der unabhängigen Neuen Zeitung beschloß die Landeskonferenz der Unabhängigen in Nürnberg, alle Kaiser-, Königs-, Bismarck- und Militärdenkmäler seien bis zum 1. Oktober einzuschmelzen, alle blau-weißen oder schwarz-weiß-roten Fahnen seien zu beschlagnahmen, der 7. November und der 1. Mai seien als gesetzliche Feiertage anzuerkennen und das Bürgerturn, besonders die Soubenten und die Offiziere, völlig zu entwaffnen.

Auers Befinden.

Auers Befinden besserte sich in den letzten Tagen derart, daß die Erhaltung des Lebens jetzt als wahrscheinlich gilt.

Fische.

Wie die „Berl. Ztg.“ aus Hamburg meldet, ist dort der Dampfer „Lanzenberg“ mit 15 000 Äpfeln Fischkonserven aus Norwegen angekommen. Ferner treffen der Dampfer „Gresiba“ mit 13 000 Kisten Heringen, die in Altona nach Dresden verladen werden, und der Dampfer „Hernia“ mit 15 000 Kisten und Kisten Fischkonserven und Heringen, die für Breslau bestimmt sind, ein.

Die Neutralen und die Blokade.

Der Korrespondent des „Daily Telegraph“ meldet aus Paris: Von zuständiger Stelle erfahre ich, daß die Blokade über die neutralen Länder demnächst demgemäß gemildert werden wird, daß die Neutralen Waren aus Deutschland beziehen können. Deutschland werde dadurch in den Stand gesetzt, die Lebensmittel, die es bezieht, zu bezahlen. Je mehr Deutschland verkaufen könne, umso mehr Geld werde es haben, um die Kriegsausgaben zu bezahlen!

Die Posener Verhandlungen.

Die Telegraphen-Kompanie erfährt, daß die in Posen abgebrochenen Verhandlungen voraussichtlich nicht wieder aufgenommen werden, da der Verband beschließt, die Regelung der strittigen Fragen der Friedenskonferenz zu überlassen.

Der Standpunkt Englands.

Der Vertreter der „Neuen Züricher Zeitung“ hatte eine Unterredung mit dem Mitglied der auf der Reise nach Deutschland befindlichen Finanzdelegation, Friedrich Wigg, der ihm erklärte, Deutschland solle durch seine Verpflichtungen für den Wiederaufbau Belgiens und Nordfrankreichs nicht wirtschaftlich und finanziell zugrunde gerichtet werden. Es sei keineswegs der Wunsch Englands, daß Deutschland jede zukünftige Wirtschaftsentwicklungsmöglichkeit zu nehmen. Ein übermäßige Kriegskontribution würde England nicht unbedingt erwünscht sein, ebensowenig eine Leistung in Gold. England bestehe darauf, daß die Warenlieferungen Deutschlands an Belgien und Nordfrankreich in offener Konkurrenz mit der englischen Industrie erfolgen, wobei einerseits die definitive Zahlung erleichtert, wobei andererseits die definitive Zahlung erleichtert schädigt werde.

Englische Studienkommission.

Wie die „D. Z.“ am Mittwoch von gut unterrichteter englischer Seite erfahren haben will, trifft demnächst eine größere Studienkommission englischer Parlamentarier aller Parteien in Deutschland ein, um ein Bild von den wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen zu gewinnen.

Trochlijs Mobilmachung.

Neuter meldet, daß die Offensive der Estländer und Letten gegen St. Petersburg die Stadt so von Südwesten bedroht, daß Trochli die allgemeine Mobilmachung aller Männer bis zu 46 Jahren angeordnet hat.

Die Krise in Spanien.

Weber ganz Spanien wurde das Standrecht verhängt. In Barcelona hat ein Generalkrieg den ganzen Straßenbahndienst und die gesamte Industrie lahmgelegt.



Aus dem Ruhr-Gebiet.

Die Streikbewegung unter den Ruhrbergleuten hat neuerdings großen Umfang angenommen. Die Bergschaften der Becken Dorfeld 1 und 2, Kaiserstuhl 1 und 2, Glöckau, Tiefbau, Kaiser Friedrich, Biendahlshaus, Bruchstraße, Tremonia, Hamburg, Franziska, Sieben Planeten, Neue Herold, Wolfmond und Oest sind in den Ausstand getreten. Zum größten Teil sind die Arbeitsniederlegungen auf diesen Becken des Wittener, Bochumer und Dortmund Beckens mit den blutigen Unruhen in Witten in Verbindung zu bringen. Außerdem streiken noch die Bergleute der Schachtanlagen der Niederrheinischen Bergwerks-Aktien-Gesellschaft.

Die Unruhen in Witten.

Die Unruhen sind noch nicht beendet. In allen Straßen herrscht eine ziemlich lebhaft Bewegung. In vielen Stellen fanden Schießereien statt. Besonders in den Abendstunden wurde gegen die Sicherheitswehr vorgegangen. Aus Dortmund sind Geschütze nach Witten gebracht worden.

3/4-Stundenschieß.

Um der verhängnisvollen Entlohnung der Sechshunden-Schicht entgegenzuwirken, die sich auf Betreiben der Spartakusleute im Ruhrbezirk Schritt für Schritt vollzieht, ist der Reichsarbeitsminister Bauer in Verhandlungen mit den Vertretern der Bergarbeiterverbände eingetreten, die zu dem Ergebnis führten, daß vom 1. April an durch Vereinbarung die Sechshunden-Stunden-Schicht eingeführt wird. Eine weitere Herabsetzung wurde als ausgeschlossen erklärt, wenn nicht eine Wirtschaftskatastrophe schlimmerer Art erfolgen soll; auch sei es unmöglich, daß der durch eine weitere Schichtverdrängung herbeiführte Lohnausfall wieder eingebracht werden könne, denn die Gruben seien mit den heutigen Mitteln nicht in der Lage, diesen Ausgleich zu schaffen, und nicht eine Erhöhung, sondern ein Abbau der Kohlenpreise müsse erreicht werden.

Der landwirtschaftliche Arbeitermangel.

In der Verordnung des Reichsministeriums für die wirtschaftliche Demobilisierung vom 16. März zur Behebung des Arbeitermangels in der Landwirtschaft dürfen nach § 3 die Arbeitgeber außerhalb der Land- oder Forstwirtschaft Arbeitskräfte nicht einstellen, die bei Ausbruch des Krieges oder während desselben schon in der Land- oder Forstwirtschaft tätig gewesen sind. Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmung werden mit einer Geldstrafe bis zu 3000 M. bestraft. Ein Ausnahmefall ist nur insoweit zugelassen, als es sich um Arbeiter handelt, die für land- oder forstwirtschaftliche Arbeiten nicht mehr tauglich sind. Die Verordnung ist sofort in Kraft getreten, die Ruhestellung erfolgt erst mit der Beendigung des Arbeitermangels in der Landwirtschaft.

Die Ukrainer.

Die „Times“ berichtet aus Sebastopol: Sebastopol ist am 23. März von den Verbandsgruppen zurückerobert worden. Die Truppen der Verbände haben jetzt wieder 15 Kilometer nördlich von Odessa.

Polen.

Im polnischen Landtag sprachen sich die Vertreter der großen politischen Gruppen über einmündig für den Antrag auf ein Bündnis mit den Verbandsmächten aus.

Das bolschewistische Ungarn.

Der hauptstädtische Kommissar für das Unterrichts- und Kulturbereich hat angeordnet, daß in öffentlichen Schulen der Religionsunterricht sofort einzustellen ist und die frei gewordenen Stunden teils zur Erziehung der heutigen sozialen Verhältnisse, teils zum Unterricht von in den Kreis des allgemeinen Wissens gehörenden Gegenständen zu verwenden sind.

Madrasen-Armee.

Die internierten Madrasen-Truppen lehnten die Teilnahme an der ungarischen Sozialbewegung ab.

Union aller christlichen Kirchen?

Nach einer Meldung des römischen „Daily News“ Korrespondenten vom 24. März tritt binnen kurzem in Rom eine Kommission der römisch-katholischen Kirchen ein, um den Papst zum Kongress aller christlichen Kirchen einzuladen. In protestantischen Kirchen ist der Gedanke vorhanden, daß eine Union aller christlichen Kirchen jetzt in Aussicht genommen wurde, wenn die Vertreter der orientalischen, protestantischen und anderen christlichen Kirchen an einem vom Papst zusammenberufenen Konvent teilnehmen würden. Würde diese Sicherheit gegeben, so würde der Papst nicht zögern, das am 8. Oktober 1870 auf unbestimmte Zeit verlagte vatikanische Konzil von neuem zusammenzurufen.

Lenin verlangt Bürgerschaften.

Lenin richtete an Bela Kun einen Forderung, in dem es heißt: Ich bitte mitzuteilen, welche reellen Garantien Sie dafür haben, daß die neue ungarische Regierung wirklich kommunistisch, nicht nur einfach sozialistisch, das heißt sozialverräterisch ist. Es ist ganz sicher, daß infolge der eigenartigen Verhältnisse die ungarische Revolution als bloße Nachahmung unserer russischen Taktik in ihren Einzelheiten zu einem Fehler wird. Vor diesem Fehler muß ich warnen.

Neue Forderungen.

Die Forderungen des Ruhrbezirks haben in einer Konferenz in Bochum beschlossen, am 30. März auf öffentlichen Beinen die Arbeit niederzulegen, wenn bis dahin nicht der Besondere alle von ihnen am 30. Januar erhobenen Forderungen erfüllt. In der Hauptsache verlangen die Forderungen die Gleichstellung mit den Steirern.

Die Nationalversammlung.

31. Sitzung.

Auf der Tagesordnung steht eine Anfrage des Abgeordneten Reil (Soz.) gegen die Sommerzeit. Regierungskommissar Freiherr v. Welser: Da wegen der gegen das Vorjahr noch gesteigerten Robbenknappheit und auch aus Gründen der Gesundheitspflege die Sommerzeit nach wie vor für notwendig gehalten wird, hat die Regierung dem Staatsausschuß einen entsprechenden Entwurf zugehen lassen, der sich aber auf das Jahr 1919 beschränkt. Dieser Entwurf wird auch an die Nationalversammlung kommen und dann wird Zeit sein, zu einer eingehenden Stellungnahme.

Als Mitglieder der Reichsschuldenkommission werden gewählt die Abgg. Selmann (Soz.), Krüger-Potdam (Soz.), Schumann (Soz.), Dr. Pfeiffer (Centr.), Dr. Denburg (Demokr. Partei) und Laverrey (Deutscher Volksp.).

Es folgt die erste Lesung des Gesetzes auf Schaffung einer vorläufigen Reichsmarine. Reichswehrminister Noske: Der Entwurf lehnt sich eng an das Gesetz über die vorläufige Reichswehr. Die Arbeiten für die Schaffung einer Reichswehr sind fortwährend weit fortgeschritten, so daß die unerlässlichen Begleitmaßnahmen der Verlegung ganz ausführen werden. Ganz werden wir aber auf die Werbung von Archivalien nicht verzichten können, aber daß sich die Verbände einander ige rechte Konkurrenz machen, wird abzuwärt. Bei der Aufstellung einer neuen Marine ist der Anfang bereits gemacht. Wir brauchen Schiffe zur Sicherung der Lebensmitteltransporte. Zur Klümmung des

Meeres von Minen und zum Schutz der Fischer.

Abg. Dr. Oberfahren (Reichsanst.): Begründen die Vorlage, legen aber Wert auf möglichst rasche Verlegung ihrer vorläufigen Charakter. Brauchen auch weiterhin eine Flotte.

Abg. Dr. Graf zu Dabau (D. V.): Auch werden für das Gesetz kommen. Wir tun es ohne Rücksicht, bloß mit dem Gefühl vieler Besorgnisse, die angesichts einer solchen Mietentlastung bestehen müß, der nach in Aussicht hat für vorläufigen Zustand und notfalls würde. (Beifall rechts.)

Abg. Brühl (U. S.): erklärt, daß die Regierung aufstehend wieder an die gepanzerte Faust denke.

Abg. Giebel (Soz.): Eine gut organisierte Reichsmarine ist notwendig, um dem deutschen Handel wirtschaftliche Möglichkeiten zu geben. Die Aufgabe oberhalb der Einschränkung der großen Reichswehr ist eine schwere wirtschaftliche Schädigung der Arbeiter und Angestellten, in der ganzen Bevölkerung der Deutschen bedenklich.

Nach einer Bemerkung des Reichswehrministers Noske schließt die Besprechung.

Die Vorlage wird in 1. und 2. Lesung im weiteren unverändert gegen die Stimmen der U. S. angenommen.

Abg. Schmidhals (Demokrat) erläßt einen Bericht über den mündlichen Bericht des Reichsausschusses über die Verordnung über die Sicherung der Acker- und Gartenbestellung vom 2. Februar 1919.

Abg. Blum (Ztr.): Die Verordnung ist angesichts der kritischen Ernährungslage von hoher Bedeutung. Wir beantragen, daß dort, wo keine Bayern- und Landarbeiterkräfte bestehen, zwei Sachverständige der Landwirtschaftskammer gehört werden müssen. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Feldmann (Reichs-Soz.): Die Verordnung ist notwendig, denn heute muß jedes Mädchen in der Ackerbauverwaltung zugeführt werden.

Präsident Fehrenbach bittet die Redner, möglichst kurz zu fassen, damit die Geschäfte des Hauses morgen abgeschlossen werden können.

Ein Antrag Krusadt und Genossen (Deutsche) verlangt in § 2 die Erziehung der Bestimmungen, daß dem Landwirt das Nutzungsrecht auch dann einzogen werden soll, wenn er im letzten Wirtschaftsjahr die Bestellung so mangelhaft ausgeführt hat, daß die Grundstücke einem unverhältnismäßig geringen Ertrag erbracht haben und zu erwarten ist, daß die nach Bestellung ebenso mangelhaft ausgeführt wird.

Abg. Dufche (Deutsche Rp.): Ich glaube, die Verordnung wird im Großen und Ganzen auf dem rechten Pfad bleiben, und wenn sie wirklich mal praktisch angewandt wird, so wird ihre Durchführung sozial Maß und vor allem Dingen sozialer Zweckmäßigkeit, die der Beschäftigte indes vielmehr nicht erreicht werden wird.

Abg. Wurm (U. S.): In einer Agrarabteilung jetzt keine Zeit, zumal wir uns nach Opatern qualifizieren über die landwirtschaftlichen Verhältnisse untersuchen werden.

Nachdem der Antrag Krusadt angenommen worden ist, wird der Antrag des Ausschusses in dieser Fassung mit 151 gegen 115 Stimmen angenommen. — Das Haus vertagt sich.

Nächste Sitzung Samstag 10 Uhr: — Tagesordnung: Interpellation der Deutsch-nationalen Volkspartei und der Deutschen Volkspartei betreffend die Aufhebung von Besetzen, Neuregelung der Beamtenbesoldung, Erfüllung gewisser Mindestforderungen, Notetat, Nachtragsetat und Krankentassenverordnung. — Schluß 6.30 Uhr.

Das Waffenstillstandsangebot.

Verschiedene Präzedenzfälle der letzten Tage, die sich mit der Entschloßung des deutschen Waffenstillstandsangebots beschäftigten, nötigen noch einmal zu folgen der Besprechung. Das Waffenstillstands- und Friedensangebot von Anfang Oktober ist, wie die jüngst veröffentlichten drei Telegramme des Generals von Hindenburg vom 1. Oktober beweisen, durch die Oberste Heeresleitung veranlaßt worden. Prinz Max von Baden hat sich gegen die Zustimmung, sofort bei seinem Amtsantritt an die Feinde mit einem Waffenstillstandsangebot heranzutreten, beifällig geäußert. Sein Widerspruch ist aber durch die immer erneuernden Hinweise der Obersten Heeresleitung auf eine drohende militärische Katastrophe gebrochen worden. Es ist aber auch unrichtig, daß die Oberste Heeresleitung Anfang Oktober immer wieder betont hätte, die Westfront würde gegebenenfalls in Stande sein, dem Feinde weiterhin Widerstand zu leisten. In den Telegrammen des Generals Ludendorff vom 1. Oktober steht davon kein Wort. Aber auch die Schreiben des Generals Ludendorff von Hindenburg auf dessen Befehl eine Erklärung der Westfront in so großes Gewicht legt, enthält davon nichts. Wir veröffentlichen hiermit den bisher unbekanntes Brief des Generalfeldmarschalls, der ein ungefähres Bild von der Lage gibt, die Prinz Max bei seinem Amtsantritt vorfand:

Berlin, 3. Oktober 1918. An den Herrn Reichskanzler! Die Oberste Heeresleitung bleibt bei ihrer am Sonntag, den 29. September d. J., gestellten Forderung der sofortigen Herausgabe eines Friedensangebots an unsere Feinde bestehen. Infolge des Zusammenbruchs der magdonischen Front, der dadurch notwendig gewordenen Schwächung unserer Wehrkräften und infolge der Unmöglichkeit, die in der Schlacht der letzten Tage eingetretenen sehr erheblichen Verluste zu ergänzen, besteht nach menschlichen Ermessen keine Aussicht mehr, dem Feinde den Frieden aufzuzwingen. Der Gegner seinerseits führt beständig neue, frühe Reserven in die Schlacht. Nichts desto trotz das deutsche Heer festgesetzt und wehrt siegreich alle Angriffe ab. Die Lage verschärft sich aber täglich und kann die Oberste Heeresleitung zu schwerwiegenden Entschlüssen zwingen. Unter diesen Umständen ist es geboten, den Kampf abzubrechen, um dem deutschen Volk und seinen Verbündeten nutzlos Opfer zu ersparen. Jeder veräumte Tag kostet Tausenden von tapfern Soldaten das Leben.

(gez.) v. Hindenburg, G. F. M. Auf Grund dieses sachverständigen Urteils mußte jede ihrer Verantwortung sich bewußte Regierung im Interesse unseres blutenden Heeres das Waffenstillstandsangebot erlassen.

Zur Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

Die Reichsregierung hat verfügt: Unter dem Reichswehrminister wird die Marine von dem Chef der Admiralität geleitet. Er hat einen Stab, aber keine Stimme im Kabinett. Ihm sind sämtliche Kommando- und Verwaltungsbehörden der Marine unterstellt. Zum Chef der Admiralität ist der Konteradmiral von Trotha ernannt worden. Durch eine Verfügung der Reichsregierung sind alle Marinebehörden, welche früher unmittelbaren Stellen waren, d. h. dem Kaiser unmittelbar unterstanden, das Reichsmarineamt, der Admiralstab und die Stationskommandos in allen Verwaltungs- und Kommandoangelegenheiten einer Zentralstelle, dem neu geschaffenen Chef der Admiralität, unterstellt. Der neue Chef der Admiralität von Trotha, trat 1886 in die Marine ein. Er war unmittelbar vor dem Kriege Kommandant des Linienkreuzers „Kaiser“, das er auf der Reise nach Südamerika im Frühjahr 1914 und in den ersten Kriegsjahren kommandierte. Im Januar 1916 wurde er Chef des Stabes der Hochseeflotte und erhielt als solcher nach der Schlacht vom Skagerrak den Orden Pour le merite. Am 28. November 1918 ist er jetzt von Trotha Chef des Personalamtes im Reichsmarineamt, dem früheren Marineminister.

In parlamentarischen Kreisen der Nationalversammlung besteht, wie verlautet, die Absicht, einen parlamentarischen Ausschuss zu bilden, der den Zweck haben soll, dauernd mit der Friedendellegation in Verbindung zu bleiben und sich über alles, was die Friedensverhandlungen betrifft, auf dem Laufenden zu halten. Dieser Ausschuss soll gewissermaßen die ständige Ausschussstelle für die Gesamtschlichtung der Nationalversammlung bilden. Man will damit verhindern, daß die Geheimnisse, mit der die Tätigkeit der Passivitätskommission mit nicht gerade großem Vorteil umgeben war, von den Friedensverhandlungen zurückgehalten wird. Zugleich soll durch die in den einzelnen Fraktionen bestehenden Ausschüsse über die Form, in der man diesen Gedanken am besten verwirklichen kann.

Zu den Bemerkungen der Blätter über die monatlichen Auswandselder für den Reichspräsidenten wird erklärt, der Präsident wird genau Rechnung ablegen über die 100 000 Mark und einen etwaigen Ueberschuß am Ende des Provisoriums zurückgeben. Er erklärt, er wünsche aus seinem Amt so herauszugehen, wie er hineingegangen sei. Auf Antrag der Reichsdellegation wird der Etat des Präsidenten durch den Haushaltsausschuß nochmals durchgeprüft und die einzelnen Postitionen nach Möglichkeit festgelegt werden, was den Wünschen des Präsidenten entspricht.

Für die Benutzung eines Schnellzuges werden vom 1. April an auf den preussisch-hessischen Eisenbahnen in der dritten Klasse mindestens 3 Mark, in der zweiten Klasse mindestens 10 Mark, in der ersten Klasse mindestens 15 Mark erhoben. Jetzt ist weiter dazu bestimmt worden, daß für Reisen, die nur auf einer Teilstrecke innerhalb der ersten Zone bis zu 75 Kilometern im Schnellzuge ausgeführt werden, zu zahlen ist: einmal der Personenzugfahrpreis für die ganze und dann der Unterschied zwischen dem Schnellzug- und dem Personenzugfahrpreis und dem Personenzugfahrpreis der Schnellzugstrecke.

Der Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten des bayerischen Landtages hat einstimmig eine Entschließung angenommen, in der es heißt: Der bayerische Landtag verfolgt mit schwerer Sorge die Verhandlungen des Verfassungsausschusses der deutschen Nationalversammlung. Die bisher von ihm gefassten Beschlüsse zeigen die deutliche Absicht, über die Regierungsvorlage hinaus eine unerträgliche Unitarisierung und Zentralisierung des Reiches herbeizuführen. Bayern steht treu zum Reiche, aber die liberale Grundanlage des Reiches will es unangefastet wissen. Durch einseitige Gesetzgebungsakte der Nationalversammlung können die lebenswichtigen Sonderrechte des bayerischen Volkes nicht einfach aufgehoben werden. Nur auf dem Wege der Verhandlung, zu der Bayern die Hand bietet, kann eine zureichende Gestalt von dauerndem Bestande geschaffen werden. Angesichts der sich abzeichnenden Not des Deutschen Reiches erachtet es der bayerische Landtag als eine ernste Gefahr für die Gestaltung des Reiches, wenn durch grundsätzliche Verdrängung des bayerischen Verhältnisses zwischen Reich und einzelnen Bundesstaaten Zwiespalt in das Volk getragen und die tätige Mitarbeit wertvoller Teile des gesamten Volkes an dem Wiederaufbau des Deutschen Reiches lahmgelegt wird. Der bayerische Landtag beantragt die bayerische Regierung, die Rechte des bayerischen Volkes im Sinne dieser Entschließung mit allem Nachdruck der Reichsregierung und der Nationalversammlung zu unterbreiten.

In letzter Zeit ging das Gerücht, aktive Offiziere erhielten die Aufforderung, zum 1. April 1919 freiwillig den Abschied zu nehmen, widrigenfalls sie zwangsweise pensioniert würden. Das Reichsministerium teilt mit, daß dies nur auf einem Missverständnis beruhen kann. Bei der in Aussicht stehenden Verringerung unseres Heeres muß naturgemäß eine Anzahl von Offizieren trotz noch vorhandener Diensttauglichkeit ausscheiden. Etwa an Offiziere wegen ihres Ausscheidens ergangene Anfragen verfolgen lediglich den Zweck, die erforderlichen zahlenmäßigen Unterlagen für die weitere Behandlung dieser Fragen zu liefern. Die Versorgungs- und Pensionsansprüche der Offiziere behalten wie die der Beamten, die auf Grund der Gesetzesänderung zum Ausscheiden gezwungen sind, die Übergangszeit durch geeignete Maßnahmen erleichtert werden kann. Bevor die Klärung dieser Fragen erfolgt ist, wird niemand zum Ausscheiden gezwungen.

Die Vorbereitungen über den Aufbau der vorläufigen Reichsverfassung sind nunmehr abgeschlossen. Die Beschlüsse, die die geschnittenen Bedingungen erfüllen, werden in die Reichsverfassung übergeführt werden. Die wunden Verhandlungen, welche vielfach Anstoß erregt haben, werden nunmehr aufgehört und es wird nunmehr nur von Reichswegen die Veröffentlichung von Materialien und Aufzügen erfolgen.

Die Regierung beabsichtigt, der Nationalversammlung in all nächster Zeit einen Bericht über die Bildung des Staatsarchivs vor-

zulegen. Vor diesen Gerichtshof sollen solche Personen kommen, die das Verlangen ausgesprochen haben, vor einem solchen Gerichtshof gestellt zu werden. Darunter befinden sich vor allem der frühere Reichsminister von Bethmann-Hollweg, sowie General Ludendorff. Außerdem sollen auch diejenigen Personen vor einem solchen Gerichtshof gestellt werden, deren Verhalten in Bezug auf den Krieg nur von einem Staatsgerichtshof festgestellt werden kann.

Es sind Mitteilungen in der Presse erschienen, wonach die in den letzten Monaten aus dem Reichsdienst ausgeschiedenen Staatssekretäre, Unterstaatssekretäre und andere höhere Beamte auf Grund dieser Mitteilungen Pension erhalten. Diese Behauptung ist, wie halbamtlich mitgeteilt wird, schon deswegen unrichtig, weil diese Beamten die für den Bezug der Pension im Gesetz vorgeschriebenen 30 Jahre nicht absolviert haben.

Deutsch-Oesterreich.

(*) Nach einer Meldung des Korrespondenzbüros bestimmt die Regierungsvorlage über das frühere Herrscherhaus, die Aufhebung aller Herrscherrechte und Vorrechte des Hauses Habsburg-Lothringen für immerwährende Zeiten und die Landesverweisung aller Mitglieder dieses Hauses und desjenigen der Bourbon-Parma. Die Republik Deutsch-Oesterreich ist Eigentümerin des in ihrem Gebiete befindlichen beweglichen und unbeweglichen, sowie des für das frühere regierende Kaiserhaus oder einer Zweiglinie desselben gebundenen Vermögens, dessen Weitertrag für durch den Krieg gesundheitlich geschädigte oder ihres Ernährers beraubte Staatsbürger verwandt werden kann. Das freie und persönliche Privateigentum des früheren Kaisers und des kaiserlichen Hauses bleibt unangefastet.

Schweiz.

Der „Neue Tag“ meldet aus Bern: Der Chef des politischen Departements ließ die Verhandlungsdelegation zu sich kommen und brachte lebhafteste Bedenken gegen einen Gewaltstreik aus. Ohne sich in fremde Angelegenheiten einzumischen, müsse er erklären, daß durch einen Gewaltstreik dann auch die Schweiz bedroht würde. Alle Länder hätten ein großes Interesse daran, die Ausbreitung des Bolschewismus zu verhindern. Durch die Verzögerung des Friedens würde die Gefahr des Bolschewismus im ganzen Europa bedenklich erhöht.

Die Pariser Konferenz.

Die deutsche Finanzkommission, deren sofortige Abreise nach Versailles beschlossen worden ist, wird aus fünf namhaften Vertretern der Bank- und Industriewelt bestehen. Es werden ihr als Vertreter, wie die Blätter aus Weimar berichten, angehören: die Hamburger Bankiers Dr. Melchior und W. Warburg, Direktor Urdig von der Direktion der Diskontogesellschaft in Berlin und der Großindustrielle Werten, einer der Inhaber der Frankfurter Metallgesellschaft. Außerdem werden der Kommission zwei Vertreter der Reichsbank und zwei Mitglieder der Passivitätskommission beigegeben. Vor der Abreise erhalten die Mitglieder der Kommission in Weimar die nötigen Instruktionen. Am Sonntag kann die Kommission bereits in Versailles eintreffen.

Kleine Chronik.

Internationale Sozialistenkonferenz. Von sozialistischer Seite wird festgestellt, daß die internationale sozialistische Konferenz in Amsterdam am 23. April beginnt wird. Die Führer der sozialistischen Parteien der ganzen Welt sollen daran teilnehmen. Auch die Amerikaner werden zu der Konferenz erwartet. Gladstones und Boden. Vom 13. bis 19. März wurden in Deutschland 223 Erkrankungen und 14 Todesfälle an Mascheln gemeldet, davon in Groß-Berlin sechs Erkrankungen u. Die Posten verursachten in derselben Zeit 184 Erkrankungen und 9 Todesfälle, davon in Groß-Berlin fünf Erkrankungen und einen Todesfall.

Lexikon und Milge meines.

Für Kriegsschädigte und Hinterbliebene. Mangel und zwei Verordnungen der Reichsregierung ergangen, die für die Kriegsschädigten von größter Bedeutung sind: die Verordnung über die reichsgerichtliche Regelung der Kriegsschädigten- und Kriegsbeschädigtenversicherung vom 8. Februar und die Verordnung über Änderung des Verfahrens in Hilfsverordnungsachen. Beide Verordnungen sehen Anziehung von Vertretern der Kriegsschädigten zu den neu zu schaffenden Körperchaften vor. Es werden jedoch nur Vertreter der Kriegsschädigten und Kriegsbeschädigten und Kriegsbeschädigter hinzugezogen. Diese Vereinigungen müssen ihren Wirkungsbereich auf das ganze Reich erstrecken und ihre erwerbende Mitgliederzahl haben. Diese Verordnungen treten bei dem Verbands deutscher Kriegsschädigter und Kriegsbeschädigter, Reichsgesellschaft für die in §§. 68, 69, 70, der Reichsgerichtsordnung und die Interessen der Kriegsschädigten und Hinterbliebenen entschieden vertritt, voll und ganz zu. Seine Kriegsschädigten und Hinterbliebenen, sowie dritte Verdrängten solcher, die ihre Sache bei den Hilfsorganen und bei den neuen Hilfsverordnungsorganen vertreten haben wollen, mögen sich dem Verbandsvertragsposten anschließen.

Wahlverordnungen. Zur Verhütung von unberechtigten Wahlen ist ein neues Reichsgesetz erlassen. Danach darf für Wahlen, die seit Juni 1917 veranlaßt waren, bei Vermählung an einen neuen Wähler kein höherer Anspruch bestehen, wie ihn der letzte Wähler gehabt hat, ertrübt werden, wenn nicht das Wahlprüfungsamt diesen höheren Anspruch hat. Es sind danach in allen Fällen, wenn ein höherer Anspruch besteht, die Wahlprüfungsämter anzurufen, denen die Entscheidung zusteht. Der Wähler hat, wenn eine höhere Warte vereinbart werden soll, binnen einer Woche nach Abschluß des Wahlvertrags dem Wahlprüfungsamt die Sache vorzulegen. Es darf also auch keine beliebige freiwillige Vereinbarung über einen höheren Anspruch geschlossen werden. Wahlprüfungsämter haben sowohl für den Vermählung als den Wähler Bestrafung bis zu 10 000 Mark nach sich.

* Silberne Hochzeit. Das Fest der Silbernen Hochzeit begehen heute die Eheleute Christian Bader und Frau. * Weindachtpreise. Zu der Frage der Einführung von Höchstpreisen für Wein haben in Mainz die Vertreter von Weinbau und Weirhandel von Handelskammer und Weidwirtsch. Stellung genommen und die Einführung von Höchstpreisen einstimmig abgelehnt. Auch Baden hat die Einführung von Höchstpreisen abgelehnt, und wie verlautet, soll in der Pfalz die Beschlagnahme und Festsetzung von Weindachtpreisen in den nächsten Tagen wieder rückgängig gemacht werden.

* Freigabe des Handels mit Inlandseiern. Vom 1. April ab hat die neue sozialistische Regierung den Handel mit Eiern freigegeben. Von der Stadt werden also jetzt keine Eier mehr geliefert; jeder kann sie nach Belieben einkaufen. Ob damit den kleinen Leuten und insbesondere den Kranken, die jetzt wenigstens mit Bestimmtheit auch einige Eier zu 40 Pfg. kaufen können, die Gewähr gegeben ist, zu einem angemessenen Preise Eier zu bekommen, müssen wir nach den Erfahrungen, die wir mit dem Verkauf von Lebensmitteln im freien Handel bisher gemacht haben, noch sehr bezweifeln.

* Beschweffel. Herr Schlossermeister Rudolf Ott kaufte das der Frau Rud. Kersch gehörige Haus in der Unterackerstraße zum Preise von 15 000 M.

* Der Kaysbach, der schon im letzten Kriegsjahre in weiten Gebieten Deutschlands eine große Ausdehnung angenommen hatte, ist in diesem Jahre auch im weingebirgigen Rheingebiet zu seltener Bedeutung gelangt. Es gibt kaum eine Gemeinde, wo die seit Jahren völlig vergessene Obstpflanze jetzt nicht massenhaft gepflanzt wird. Freilich, 10 Mark für den Schoppen Obst zieht sehr.

* Parteitag. Der geschäftsführende Ausschuss der Deutschen demokratischen Partei hat beschlossen, den allgemeinen Parteitag der Deutschen demokratischen Partei vom 17.—19. Mai in Kassel stattfinden zu lassen. Der Provinzialparteitag der Provinz Hessen-Kassel wird voraussichtlich am 18. April in Siegen abgehalten werden.

Freiwillige Mobilien-Versteigerung.
Am Samstag, den 5. April, nachmittags 2,30 Uhr werden in Brannbach, Unterackerstraße 20, die der Witwe Rudolf Kersch gehörigen

Mobilien
als: Tisch, Stühle, Schränke, 2 vollst. Betten, Porzellan- und Glasgesch., Haus- und Küchengerätschaften, 1 Rührgerät, 2 Schuböfen mit Rohr, eine gut erhaltene Stridmashine mit vollst. Zubehör, desgl. eine Keller mit eiserner Schraube, 1 Spinnrad, Leppiche, Leinen- und Bettzeug usw.
Öffentlich meißtelnd gegen Barzahlung versteigert.
Die Gegenstände können eine Stunde vor Beginn der Versteigerung von Kaufliebhabern besichtigt werden.

Fabrikräume
größere,
zu mieten oder zu kaufen gesucht.
Offerten unter 3 D 5901 beförd. Rudolf Mosse, Frankfurt a. M.

Vorschuß-Verein
e. G. m. b. H.
Brannbach.
Die diesjährige ordentliche
Hauptversammlung
findet am Sonntag, den 6. April 1919, nachmittags 1,30 Uhr im Hotel Hammer statt
Tagesordnung:

1. Vortrag des Geschäftsberichts für 1918.
2. Bericht des Aufsichtsrates über die Prüfung der Rechnung, Vortrag des Revisionsberichts des Verbandsberichts, Bericht, Antrag auf Genehmigung der Bilanz und Entlastung des Vorstandes.
3. Beschlußfassung über die Verwendung des Reingewinns.
4. Festsetzung der Gehälter der Vorstandsmitglieder.
5. Wahl des Kontrollrats.
6. Ergänzungswahl des Aufsichtsrates, aus welchem hinführendig entschieden die Herren M. Ritzberger, Niederlohnlein, August Gnan, Wilhelm Holt, Jakob Böck, Schulz, wahl für die verstorb. Mitglieder G. Ott Jr., K. Schmitt.
7. Festsetzung des Höchstbetrages der vom Verein eingezugenden Verbindlichkeiten und der den einzelnen Mitgliedern gleichzeitlich zu gewährenden Kredite.
8. Besprechungen von Vereinsangelegenheiten.

Der Aufsichtsrat, M. Ritzberger, Vorsitzender.
Vaterländischer Franken-Verein.
Dienstag, den 1. April, 4 Uhr Arbeitsstunde im „Hotel Hammer“.

Wetterbericht.
Rühl, veränderlich.
Nachmittag: 1,5 Grad Celsius.

